

Internationalrechtliche Studien

Beiträge zum Internationalen Privatrecht,
zum Einheitsrecht und zur Rechtsvergleichung

Herausgegeben von Ulrich Magnus und Peter Mankowski

Band 68

Gesine Osieka

Zivilrechtliche Haftung
deutscher Unternehmen für
menschenrechtsbeeinträchtigende
Handlungen ihrer Zulieferer

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	19
1.	Gegenstand der Untersuchung	19
2.	Vorgehensweise	21
II.	Grundlagen	23
1.	Begriffsbestimmungen	23
a.	Menschenrechte	23
aa.	Entstehungsgeschichte	24
bb.	Geltung: Universalität versus Relativismus, Naturrecht versus Rechtspositivismus	25
cc.	Tatbestands- und Wesensmerkmale	26
dd.	Klassifizierung	27
ee.	Zwischenergebnis: Eingrenzung anhand des aktuellen völkervertragsrechtlichen Schutzes	28
ff.	Beeinträchtigung (vs. Verletzung)	30
b.	Zivilrechtliche Haftung	32
aa.	Zivilrecht als nationale Teilrechtsordnung zur Regelung der Verhältnisse zwischen Bürgern	32
bb.	Subjektive Rechte im Zivilrecht	33
cc.	Haftung aus zivilrechtlichen Normen	34
c.	Zulieferer	34
aa.	Globalisierung	34
bb.	Konzept des Global Sourcing	36
cc.	Zulieferer als Auftragsfertiger von Waren	37
dd.	Textilbranche als Prototyp der Zulieferindustrie	38
d.	Deutsche Unternehmen	39
aa.	Unternehmen	40
bb.	Staatszugehörigkeit von Unternehmen	40
(1)	Einordnung als multinationales Unternehmen	41
(2)	Einordnung anhand des Gesellschaftsstatuts	42
(3)	Einordnung anhand der Wertungen des Fremdenrechts	44

2.	Verhältnis von Menschenrechten und zivilrechtlichen Rechtspositionen	46
a.	Existenz von Schnittmengen	47
b.	Gegenüberstellung: Tatbestandsmerkmale und Wesen der Menschenrechte im Vergleich zu zivilrechtlichen Rechtspositionen	48
c.	Völkerrechtliche Exklusivität der Menschenrechte versus Parallelität zu zivilrechtlichen Rechtspositionen	50
d.	Interdependenzen zwischen Menschenrechten und zivilrechtlicher Haftung	51
aa.	Vorfragen: Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit der Menschenrechtsverträge im nationalen Recht	52
	(1) Geltung völkerrechtlicher Verträge	52
	(2) Unmittelbare Anwendbarkeit völkerrechtlicher Verträge	53
bb.	Begriff der Drittwirkung	55
cc.	Unmittelbare Drittwirkung	56
dd.	Mittelbare Drittwirkung	59
III.	Zivilrechtliche Haftung als Instrument zur Begegnung von Menschenrechtsbeeinträchtigungen durch Unternehmen	61
1.	Unternehmen und Menschenrechte	61
a.	Positive Beiträge von Unternehmen zur Verwirklichung von Menschenrechten	62
b.	Beeinträchtigung von Menschenrechten durch Unternehmen	62
aa.	Beispiele menschenrechtsbeeinträchtigender Handlungen von Unternehmen	63
bb.	Einordnung menschenrechtsbeeinträchtigender Unternehmenshandlungen als Menschenrechtsverletzung?	64
cc.	Systematisierung und Quantifizierung unternehmerischer Menschenrechtsbeeinträchtigungen	65
dd.	Typischerweise durch Unternehmenshandlungen betroffene Normen der UN-Kernverträge sowie der ILO-Kernarbeitsnormen	67
2.	Erforderlichkeit des Rückgriffs auf das Zivilrecht bei Menschenrechtsbeeinträchtigungen durch Unternehmen	68

a.	Fehlende völkerrechtliche Haftung von Unternehmen	68
aa.	Berechtigung von Unternehmen durch das Völkerrecht	68
bb.	Verpflichtung von Unternehmen durch das Völkerrecht	70
(1)	Explizite völkervertragliche Pflichtenbegründung	70
(2)	Annahme einer Verpflichtung aufgrund der Machtstellung von Unternehmen	71
cc.	Verpflichtung von Unternehmen aus freiwilligen Verhaltenskodizes	74
b.	Fehlende völkerrechtliche Haftung von Staaten für Unternehmenshandlungen	75
3.	Geeignetheit des Zivilrechts als Reaktion auf Menschenrechtsbeeinträchtigungen durch Unternehmen	78
a.	Vorprüfung: Zulässigkeit nationaler zivilrechtlicher Regelungen im Bereich der Menschenrechte	78
aa.	Allgemeine Regelungsbefugnis der Staaten im Bereich der Menschenrechte	78
bb.	Zulässigkeit extritorial wirkender Regelungen	79
b.	Das Zivilrecht – ein taugliches Mittel zur Begegnung von Menschenrechtsverletzungen?	81
aa.	Wiedergutmachung des Nachteils	82
bb.	Pönalisierungs- und Präventivcharakter	82
4.	Angemessenheit des Zivilrechts für die Begegnung von Menschenrechtsbeeinträchtigungen	84
IV.	Gründe für die Haftbarmachung deutscher Unternehmen für menschenrechtsbeeinträchtigende Handlungen ihrer Zulieferer vor deutschen Gerichten	87
1.	Wirtschaftsbeziehungen deutscher Unternehmen mit Entwicklungs- und Schwellenländern	87
a.	Direktinvestitionen deutscher Unternehmen	88
b.	Einfuhren deutscher Unternehmen	90
c.	Ergebnis	90
2.	Fallbeispiel: Einfuhr von Textilien aus China	91
a.	Textilproduktion in China	91
b.	Arbeitsbedingungen in der chinesischen Textilproduktion	93
c.	Einfuhr chinesischer Bekleidung durch deutsche Unternehmen	96
3.	Deutsche Unternehmen als Adressaten der Haftungsansprüche	100
a.	Einheimische Zulieferer als „Haupttäter“	100

b.	Deutsche Abnehmer als „mittelbare Täter“?	102
aa.	Exkulpation durch Verweis auf noch schwerwiegendere Vergehen bei Produktion für den lokalen Markt?	102
bb.	Näheverhältnis und Machtstellung als Gradmesser der Verantwortung	103
4.	Deutsche Gerichte als Forum der Haftungsansprüche	105
a.	Hinderungsgründe für die Geltendmachung zivilrechtlicher Ansprüche am Schadensort	106
aa.	Unzulänglichkeiten im normativen Bereich	106
bb.	Unzulänglichkeiten in Bezug auf die Durchsetzung von Schutz- und Haftungsnormen	107
cc.	Fehlendes Menschenrechtsbewusstsein und Hemmnisse beim Zugang zu den Gerichten	108
b.	Vorteile einer gerichtlichen Auseinandersetzung am „Heimatort“ des Unternehmens	110
V.	Zivilrechtliche Haftung für Menschenrechtsbeeinträchtigungen durch Zulieferer nach deutschem Recht	113
1.	Wirkungsweise der Menschenrechte im deutschen Zivilrecht	114
a.	Vorfragen	114
aa.	Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit der Menschenrechtsverträge in Deutschland	114
(1)	Die Geltung der UN-Kernpakete sowie der Kernarbeitsnormen der ILO in der Bundesrepublik Deutschland	114
(2)	Die unmittelbare Anwendbarkeit der UN-Kernpakete und der ILO-Kernarbeitsnormen in der Bundesrepublik Deutschland	117
(a)	Die innerstaatliche Anwendbarkeit der UN-Kernpakete	118
(b)	Die innerstaatliche Anwendbarkeit der ILO-Kernarbeitsnormen	121
bb.	Drittwirkung der Grundrechte im deutschen Recht	123
b.	Unmittelbare Drittwirkung der Menschenrechte im deutschen Recht	126

aa.	Identifikation von potentiell durch Menschenrechtsverträge ausfüllbaren Tatbestandsmerkmalen deutscher zivilrechtlicher Normen	127
bb.	Auswertung von Rechtsprechung und Literatur zur Substitution von Tatbestandsmerkmalen zivilrechtlicher Normen durch Völkerrecht	127
	(1) § 823 Abs. 2 BGB – Völkerrecht als Schutzgesetz	128
	(2) § 134 BGB – Völkerrecht als Verbotsgesetz	130
	(3) § 839 BGB – Völkerrecht als drittbezogene Amtspflicht	132
	(4) Ergebnis	134
cc.	Fehlende unmittelbare Drittwirkung der Grundrechte – Präjudiz für eine fehlende unmittelbare Drittwirkung der Menschenrechte?	134
	(1) Wortlaut des Grundgesetzes, Systematik und Historie	135
	(2) Gefährdung der Privatautonomie	136
	(3) Verlagerung der Abwägung auf den Richter	137
	(4) Ergebnis	138
dd.	Exemplarische Prüfung: Menschenrechte als Schutzgesetz in § 823 Abs. 2 BGB im Rahmen von Haftungsansprüchen gegen Unternehmen	138
	(1) Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen und Normzweck des § 823 Abs. 2 BGB	138
	(2) Erfülltsein der tatbestandlichen Voraussetzungen bei Beeinträchtigung von Menschenrechten durch Unternehmen	141
	(a) Menschenrechte als Schutzgesetze im Sinne von § 823 Abs. 2 BGB	141
	(b) Unternehmen als Adressaten der Schutznorm ..	144
ee.	Ergebnis	147
c.	Mittelbare Drittwirkung der Menschenrechte im deutschen Recht	148
d.	Ergebnis	151
2.	Prüfungsumfang: Eingriffe durch Zulieferer, die in ihrer Intensität menschenrechtsbeeinträchtigend sind	152

a.	Durchführung der Überprüfung	152
aa.	Abstrakter Vergleich von Menschenrechten und nationalen Bestimmungen?	152
bb.	Konkreter adressatenbezogener Vergleich mit eingeschränkter Prüfungstiefe	154
b.	Schutzbereich ausgewählter Menschenrechte	156
aa.	Verbot der Pflicht- und Zwangsarbeit – Art. 8 Abs. 3 lit a) UN-Zivilpakt	156
bb.	Vereinigungsfreiheit – Art. 22 UN-Zivilpakt und Art. 8 UN-Sozialpakt	158
cc.	Gleichheitsrecht – Art. 26 UN-Zivilpakt	159
c.	Textilproduktion in China	160
3.	Die Anspruchsgrundlagen im Einzelnen	161
a.	Ansprüche aus dem Arbeitsvertrag	163
b.	Anspruch aus §§ 631, 280 Abs.1 S.1, 241 Abs. 2, 311 Abs. 1 BGB in Verbindung mit den Grundsätzen über den Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	165
aa.	Schuldverhältnis	165
(1)	Unwirksamkeit wegen Vorliegens eines Vertrages zu Lasten Dritter	166
(2)	Unwirksamkeit wegen Sittenwidrigkeit der Beziehung zwischen ALDI und den Zulieferern selbst	166
(3)	Unwirksamkeit wegen Sittenwidrigkeit der mittelbaren Beeinträchtigung der Arbeiter	167
bb.	Einbezug der Arbeitnehmer in den Schutzbereich des Vertrages	168
cc.	Schutzpflichtverletzung	170
c.	Aufwendungsersatzanspruch aus §§ 677, 683 S. 1, 670 BGB	172
aa.	Geschäftsbesorgung	173
bb.	Für einen anderen	173
cc.	Ohne Auftrag oder sonstige Berechtigung	175
dd.	Interesse und Wille des Geschäftsherren	176
ee.	Rechtsfolge: Aufwendungsersatz aus § 670 S. 1 BGB	176
d.	Aus § 831 BGB	180
e.	Aus § 823 Abs. 1 BGB	182

aa.	Verletzte Rechtsgüter	182
	(1) Gesundheit	182
	(2) Freiheit	183
	(3) Allgemeines Persönlichkeitsrecht als sonstiges Recht	183
bb.	Verletzungshandlung	184
	(1) Handlungs- oder Unterlassungsvorwurf	185
	(2) Voraussetzungen der Unterlassungshaftung	185
	(3) Völkerrechtliche Vorgaben zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten in Zulieferbeziehungen	187
	(4) Einfuhr von Textilien aus China	189
cc.	Haftungsbegründende Kausalität	192
dd.	Rechtswidrigkeit	194
ee.	Verschulden	194
ff.	Schaden	195
	(1) Ersatzanspruch für materiellen Schaden	195
	(2) Geldentschädigung für immateriellen Schaden	196
	(3) Schadensbemessung in den NS-Zwangsarbeiterfällen	197
	(4) Schäden der chinesischen Zwangsarbeiter	198
	(a) Ersatzanspruch für materiellen Schaden	198
	(b) Geldentschädigung für immateriellen Schaden	199
f.	Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit dem Schutzgesetz	200
aa.	Schutzgesetze bei Zwangsarbeit	201
bb.	Vorliegen der Voraussetzungen einer Erpressung	201
cc.	Deutsche Handelsunternehmen als Teilnehmer der Erpressung	202
	(1) Anstiftung	203
	(2) Beihilfe	204
dd.	Ergebnis	205
g.	Aus § 826 BGB	205
h.	Anspruch aus Kondiktion	208
aa.	Anspruch gemäß § 812 Abs. 1 S. 1 2. Alt. BGB	208
	(1) Etwas erlangt	209
	(2) In sonstiger Weise	209
	(3) Auf Kosten eines anderen	210

(4) Ergebnis	210
bb. Anspruch gemäß § 822 BGB	210
(1) Primärkondition	210
(2) Unentgeltliche Zuwendung durch den Erstempfänger	211
(a) Bereicherungsgegenstand	211
(b) Unentgeltlichkeit	211
(3) Ausschluss des Bereicherungsanspruchs gegen den Erstempfänger	212
(4) Rechtsfolge: Herausgabe	213
i. Exkurs: Anspruch aus Durchgriffshaftung	213
j. Ergebnis	215
4. Exkurs: Das Wettbewerbsrecht als Ausweg?	216
a. Maßgebliche Vorschriften des UWG	218
b. „Asbestimporte“	219
c. Klage gegen Lidl	221
VI. Gerichtliche Geltendmachung in Deutschland	225
1. Zuständigkeit	226
a. Internationale Entscheidungszuständigkeit	226
aa. Anwendbarkeit der EuGVO	226
bb. Gerichtsstände	228
cc. Eingreifen des „forum non conveniens“?	229
dd. Ergebnis	231
b. Örtliche Zuständigkeit	232
2. Anwendbares Recht	233
a. Grundlagen des Internationalen Privatrechts	233
aa. Regelungsbereich und Normenhierarchie	233
bb. IPR als Instrument zur Interessendurchsetzung	234
(1) Identifikation internationalprivatrechtlicher Interessen	234
(2) Schutz des Schwächeren im aktuellen Kollisionsrecht	235
(a) Schutz durch Beschränkung der Rechtswahlfreiheit	235
(b) Schutz durch Erfolgsortanknüpfung	236
(3) Schutz ärmerer Staaten durch das Kollisionsrecht ...	237
cc. Mittelbare Drittwirkung der Menschenrechte im IPR	238

dd.	Ergebnis	239
b.	Qualifikation der zu prüfenden Lebenssachverhalte	239
c.	Allgemeine Anwendungsvoraussetzungen der Rom II VO	240
d.	Anwendbares Recht für die Geschäftsführung	
	ohne Auftrag	241
aa.	Einschlägige Regelungen des IPR	241
bb.	Anwendbares Recht nach Art. 11 Rom II-VO	242
	(1) Deliktsakzessorische Anknüpfung nach Abs. 1	243
	(2) Anknüpfung an das Recht am Ort der Geschäftsführung nach Abs. 3	243
	(3) Zwischenergebnis	244
cc.	Eingriffsnormen und ordre public	244
	(1) Eingriffsnormen, Art. 16 Rom II-VO	244
	(a) Begriff	244
	(b) Quellen	245
	(c) Ergebnis	246
	(2) ordre public, Art. 26 Rom II-VO	246
e.	Deliktsstatut	248
aa.	Einschlägige Regelungen des IPR	248
bb.	Anwendbares Recht nach Art. 40 ff. EGBGB	249
	(1) Anknüpfung an den Tatort	249
	(2) Wesentlich engere Verbindung	250
	(3) Ergebnis	250
f.	Anwendbares Recht für den Kondiktionsanspruch	251
aa.	Einschlägige Regelungen des IPR	251
bb.	Anwendbares Recht nach Art. 10 Rom II-VO	251
g.	Teilfrage der Zurechnung	253
h.	Ergebnis	254
3.	Zivilprozessuale Herausforderungen	254
a.	Prozesskosten	254
b.	Beweisfragen	256
c.	Möglichkeit von Verbands- und Sammelklagen	256
4.	Exkurs: Anwendung ausländischen Rechts vor deutschen Gerichten	258
a.	Ermittlung ausländischen Rechts	259
b.	Anwendung ausländischen Rechts	260
c.	Ersatzrecht bei Nichtermittelbarkeit des ausländischen Rechts	261

VII. Zivilrechtliche Haftbarmachung von Unternehmen für menschen-	
rechtsbeeinträchtigende Handlungen in der Praxis	263
1. Entschädigung für Menschenrechtsbeeinträchtigungen	
nach nationalen Spezialvorschriften – der ATCA in den USA	263
2. Entschädigung für Menschenrechtsbeeinträchtigungen	
nach allgemeinem Zivil- und Zivilprozessrecht –	
England als Vorreiter	266
3. Ergebnis: Translating Filártiga and Lubbe?	268
VIII. Gesamtergebnis und Ausblick	271
1. Gesamtergebnis	271
2. Ausblick	275
Literaturverzeichnis	281